

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST****II-2738** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

GZ. 10.000/30-Parl/81

Wien, am 17. Juli 1981

An die
Parlamentsdirektion

1232/AB

1981-07-22

Parlament
1017 WIEN

zu 12361J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1236/J-NR/81, betreffend diskriminierende Fragebögen an oberösterreichischen Sonderschulen, die die Abg. PETER und Genossen am 21. Mai 1981 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1 - 4)

Die Fragebogenaktion im Auftrag des Landesschulrates für Oberösterreich war dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst vor ihrer Durchführung nicht bekannt und ist daher nicht mit dem Einverständnis des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst erfolgt. Aktionen dieser Art wurden in anderen Bundesländern nicht durchgeführt. Zweifellos wäre vor der Durchführung die Information und Einwilligung der Eltern sinnvoll gewesen. Außerdem muß nach Durchsicht der Fragebögen zumindestens daran gezweifelt werden, ob nicht die von den befragten Lehrern verlangten Aussagen ihre diagnostischen und prognostischen Fähigkeiten bei weitem übersteigen.

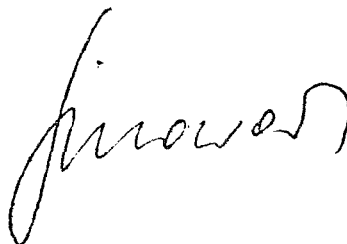
ad 5)

Da es sich bei den erhobenen Daten um hochsensible handelt, deren Geheimhaltung zweifelsfrei im schutzwürdigen Interesse der Betroffenen liegt, scheint durch die Übermittlung dieser Daten das Grundrecht gemäß dem Datenschutzgesetz verletzt. Der Landesschulrat für Oberösterreich wird vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst auf diese Rechtslage hingewiesen werden.

- 2 -

ad 6 u. 7)

Laut Mitteilung des Landesschulrates für Oberösterreich wurde die Erhebung im Zusammenarbeit mit dem psychiatrischen Krankenhaus Linz (Univ.Prof Dr. HOFFMANN) durchgeführt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Finowen'.